

· Harald Kollrus

Die Rechtsschutzmöglichkeiten
der Ehegatten
in Unterhaltssachen



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	1
I. Wirtschaftliche Bedeutung des Unterhalts für die Ehegatten	1
II. Systematik der materiellrechtlichen Unterhaltsansprüche	1
1. Die materiellen Grundlagen im Unterhaltsrecht	2
a) Die Nichtidentität zwischen Familien- und Trennungsunterhalt	2
b) Die Nichtidentität zwischen Trennungs- und Geschiedenenunterhalt	4
2. Die Vielfalt der Regelungsmöglichkeiten für den Unterhaltsanspruch der Höhe nach	5
III. Die prozessuale Durchsetzbarkeit der materiellrechtlichen Unterhaltsansprüche	6
IV. Zielsetzung der Arbeit	7
Teil 1: Der Rechtsschutz im erstinstanzlichen Erkenntnisverfahren in der Hauptsache	9
§ 2 Die Bedeutung der Verfahrensarten für den erstinstanzlichen Rechtsschutz	9
I. Die rechtlichen Unterschiede von Verbund- und isoliertem Verfahren im Hinblick auf die Rechtsschutzmöglichkeiten	9
II. Der Einfluß der Scheidungssache auf die Unterhaltsfolgesache	11
1. Der PKH-Antrag für die Unterhaltssache	11
2. Die prozeßbeendigende Wirkung der Scheidungssache für die Unterhaltsfolgesache	11
3. Die Voraussetzungen für den Vorbehalt der Weiterführung einer Unterhaltsfolgesache im isolierten Verfahren	13
III. Die Voraussetzungen für den Verbund	15
IV. Das Ende des Verfahrensverbundes	17
§ 3 Die statthaften Klagearten im Erkenntnisverfahren	18
I. Die allgemeine Leistungsklage als Erstklage im Unterhaltsprozeß	18
1. Die allgemeine Leistungsklage als Mittel zur Erlangung eines Urteils	18
2. Die Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage bei außergerichtlichen Verträgen	21
3. Die gerichtliche Anfechtbarkeit vollstreckbarer Urkunden	22

4. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei bereits vorhandenen Unterhaltstiteln	23
II. Das Verhältnis der allgemeinen Leistungsklage zur Abänderungsklage für die prozessuale Durchsetzung einer nachträglichen Erhöhung des Unterhalts	24
1. Die Lehre von der Zusatzklage	24
a) Die Rechtskraft als Abgrenzungskriterium	24
b) Varianten innerhalb der Lehre von der Zusatzklage	26
2. Die früher vertretene Ansicht	28
3. Die Billigkeitstheorie	28
a) § 323 ZPO als Sonderregelung für die Abänderung von Titeln über Unterhaltsrenten	28
b) Die Vermutung der Geltendmachung von Ansprüchen in voller Höhe	29
c) Billigkeitskorrekturen	30
4. Stellungnahme	31
a) Der Widerspruch zu den allgemeinen Rechtskraftgrundsätzen	32
aa) Allgemeine Rechtskraftgrundsätze	32
bb) Prognoserechtskraft	34
b) Die Bestätigungstheorie	35
c) Die rechtliche Notwendigkeit des von der Rechtsprechung aufgestellten Vermutungsprinzips	37
d) Die Teilklage nach der Auffassung der h.M.	38
aa) Unstreitige Fallgruppen	38
bb) Die Abänderung eines Anerkenntnisurteils	39
cc) Die Abänderung eines klageabweisenden Ersturteils	41
e) Die Inkonsequenz der Billigkeitskorrekturen	43
f) § 323 ZPO als materiellrechtliche Grundlage für die Gesamtüberprüfung	44
5. Auswahl der falschen Klageart	46
III. Keine Einrede der wesentlichen Veränderung tatsächlicher Verhältnisse	47
IV. Die Feststellungsklage	47
V. Die Abgrenzung der Abänderungsklage zu den Rechtsmitteln	49
1. Die Wahlfreiheit zwischen der Abänderungsklage und der Berufung	49
2. Die Sperrwirkung einer schon anhängigen Berufung gegenüber der Abänderungsklage	50
a) Berufungserweiterung durch den Kläger	50
aa) Die Klageerweiterung	50
bb) Die Erweiterung des Rechtsmittels der Berufung	51
(1) Die Zulässigkeit der Rechtsmittelerweiterung	51

(a) Die Rechtsmittelerweiterung innerhalb der Berufungsbegründungsfrist	51
(b) Die Rechtsmittelerweiterung nach Ablauf der Rechtsmittelbegründungsfrist	52
(2) Der Umfang der Rechtsmittelerweiterung	55
cc) Uneingeschränkte Erweiterung der Berufung auf Streitgegenstände, die in der Berufungsbegründung nicht erwähnt sind	57
b) Die Rechtsschutzmöglichkeiten für den Beklagten	59
3. Die Abgrenzung der Abänderungsklage zur Revision	65
VI. Kein vereinfachtes Verfahren beim Ehegattenunterhalt	65
VII. Die Auswirkungen der Säumnis einer Partei auf die Abänderungsklage	66
1. Die Bedeutung der Einspruchsfrist für die Abänderungsklage	66
a) Der Ablauf der Einspruchsfrist als Zulässigkeitsvoraussetzung für die Abänderungsklage	66
b) Der Einfluß der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auf das Verhältnis der Abänderungsklage zum Versäumnisurteil	66
2. Die wesentliche Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse	67
3. Umfang der Abänderung	68
 § 4 Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen im übrigen	 70
I. Zuständigkeitsfragen	70
1. Die funktionelle und sachliche Zuständigkeit des Familiengerichts	70
a) Die Qualifizierung des Streitgegenstandes als Familiensache	70
b) Die funktionelle Zuständigkeit des Familiengerichts bei der Abänderungsklage	72
c) Die Rechtsschutzmöglichkeiten bei Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Familiengerichten und anderen Abteilungen des Amtsgerichts bzw. anderer Gerichte	72
aa) Die Wahl des falschen Gerichts	72
bb) Kompetenzkonflikte	74
2. Die Anspruchshäufung in Unterhaltssachen	78
a) Zweifelsfragen bei der objektiven Anspruchshäufung von Familien- und Nicht-Familien-sachen	79
b) Die Verbindung der Unterhaltssache mit anderen Familiensachen und ihre Trennbarkeit durch das Gericht	82
aa) Die Zulässigkeit der Verbindung familienrechtlicher Ansprüche untereinander	82
bb) Die grundsätzliche Unzulässigkeit der Trennung von Familien- und Nicht-Familien-sachen	82

cc) Die Herbeiführung einer Verfahrenstrennung auf Antrag einer Prozeßpartei	83
c) Die Möglichkeit des Beklagten, neue Ansprüche in das Verfah- ren einzubeziehen	84
aa) Die Aufrechnung	85
bb) Die Widerklage	87
d) Die Wider-Widerklage	91
e) Die subjektive Klagehäufung	92
3. Die örtliche Zuständigkeit	93
4. Internationalen Zuständigkeit und Unterhaltsstatut	94
a) Die internationale Zuständigkeit und das Unterhaltsstatut für die allgemeine Leistungsklage	94
b) Die internationale Zuständigkeit und das Abänderungsstatut für die Abänderungsklage	96
II. Prozeßführungsbefugnis und Aktivlegitimation	97
III. Postulationsfähigkeit	98
IV. § 258 ZPO und das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis	100
§ 5 Die Abänderung von Vollstreckungstiteln	104
I. Die Bindung an frühere Entscheidungsgrundlagen	104
1. Die Rechtsprechung und die herrschende Meinung in der Litera- tur	104
2. Die volle Abänderbarkeit von Vollstreckungstiteln	105
a) Die Stellungnahme zur herrschenden Meinung	105
b) Die Schlußfolgerung aus der Kritik	106
c) § 323 III ZPO	106
II. Die materiellrechtliche Abänderung von Prozeßvergleichen und vollstreckbaren Urkunden	107
1. Die grundsätzliche Unanwendbarkeit des § 323 II, III ZPO	107
2. Ausnahmen	109
3. Der materiellrechtliche Grundsatz des Wegfalls der Geschäfts- grundlage als Korrektiv für die prozessual unbeschränkte Abänderbarkeit	110
4. Der Grundsatz des Wegfalls der Geschäftsgrundlage als materielle Rechtsgrundlage für die Abänderung von Vergleichen und Verträgen	111
III. Die Abänderung ausländischer Titel	112
1. Die Wirkung ausländischer Titel im Inland	112
2. Die rückwirkende Abänderbarkeit ausländischer Titel nach § 323 I ZPO	114

§ 6 Das Mahnverfahren in Unterhaltssachen	116
I. Die Statthaftigkeit nach § 688 ZPO	116
II. Das grenzüberschreitende Mahnverfahren	116
Teil 2: Rechtsbehelfe im Hauptsacheverfahren	119
§ 7 Die Berufungsinstanz	120
I. Die Statthaftigkeit der Berufung	120
1. Das Verhältnis der Berufung zum Einspruch	120
a) Die Rechtsbehelfe gegen echte Versäumnisurteile	120
b) Die Berufung gegen unechte Versäumnisurteile und Entscheidungen nach Lage der Akten	122
c) Die Ausnahmen des § 513 II ZPO	123
2. Der Beschwerdewert, § 511a I 1 ZPO	123
3. Die Auswirkungen der Verfahrensart auf die Statthaftigkeit der Berufung	124
a) Die Anfechtung der Folgesache Unterhalt allein bzw. zusammen mit anderen ZPO-Familiensachen	125
b) Die gleichzeitige Anfechtung von Ehe- und Unterhaltssache	126
c) Die Anfechtung der Unterhaltssache zusammen mit einer FGG-Folgesache	127
II. Die Teilanfechtung	128
1. Die Beschränkbarkeit des anzufechtenden Streitgegenstandes	128
2. Die Begründetheit der Teilanfechtung	131
III. Die Anfechtung von Teilurteilen	133
1. Die Abgrenzung der Anfechtung von Teilurteilen zur Teilanfechtung	133
2. Die gerichtliche Prüfungskompetenz	133
IV. Die funktionelle Zuständigkeit als Folge der formellen Anknüpfung	136
§ 8 Der Rechtsschutz des Berufungsgegners	138
I. Der Zurückweisungsantrag	138
1. Die Wirksamkeitserfordernisse für den Zurückweisungsantrag	138
2. Heilung von Verfahrensmängeln durch den Zurückweisungsantrag	139
II. Die Berufungsanschließung	140

1. Die Bedeutung der (Anschluß-)Berufung im Vergleich zur Klageabweisung	140
2. Auswahlkriterien für die selbständige Berufung und der Berufungsanschließung	141
3. Auslegung und Umdeutung von Parteibegehren	143
a) Die Abgrenzung der (Anschluß-)Berufung von der Klagezurückweisung	143
b) Die Wahl zwischen der normalen Berufung und der Berufungsanschließung	144
4. Der Gegenstand der Berufungsanschließung	146
5. Keine Beschwer	147
6. Die familienrechtlichen Besonderheiten bei der Anschließung	148
a) Der Anwendungsbereich des § 629a III ZPO	148
b) Die Gegnerstellung	149
aa) Der Einfluß des § 629a III ZPO auf die Gegnerstellung	150
bb) Die Anschließung bei Drittbeteiligung	150
(1) Die Gegnerstellung bei ZPO-Familien Sachen	150
(2) Die Anschließung an eine Beschwerde gegen FGG-Familien Sachen	151
(3) Der Einfluß des § 1629 III 1 BGB auf die Anschließung	153
c) Die Befristung der Rechtsmittelerweiterung nach § 629a III ZPO	157
aa) Keine Fristverlängerung analog § 629a III 2 ZPO	158
bb) Keine Verlängerung analog § 519 II 3 ZPO	159
cc) Die nachträgliche Geltendmachung neuer Berufungsgründe	159
dd) Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 233 ZPO	159
III. Die Gegenanschließung	162
1. Anschlußfähige Voraussetzungen für die Gegenanschließung	162
2. Die Gegen-Gegenanschließung	165
a) Die gesamte Anschlußkette als Grundlage für die Gegen-Gegenanschließung	165
b) Keine Ausnahme vom Prinzip der Konnexität zwischen (Gegen-)Gegenanschließung und (Gegen-)Anschließung	166
c) Der Berechnungsmodus für die Frist der Gegen-Gegenanschließung	167
d) Die Fristberechnung	169
IV. Die Wirkung der beiderseitigen Berufung und der Anschlußberufung	169
§ 9 Die Revision	171
I. Die Statthaftigkeit der Revision	171
1. Probleme bei der Revisionsfähigkeit von Urteilen	171
2. Die Revisionszulassung	172

a) Die uneingeschränkte Anwendbarkeit des § 621d ZPO in Unterhaltssachen	172
b) "Endurteile über Familiensachen" i.S.v. § 621d I HS. 1 ZPO	174
c) Die gerichtliche Entscheidung über die Revisionszulassung und ihre Anfechtbarkeit	177
d) Bindungswirkung der Entscheidung über Zulassung und Nichtzulassung	181
3. Die zulassungsfreie Revision	183
4. Rechtsmittel gegen Verwerfungsbeschlüsse in der Revisionsinstanz gem. § 519b I 2 und §§ 341 II, 542 III ZPO	184
II. Besonderheiten bei der Zulässigkeit der Revision im übrigen	186
1. Die funktionelle Zuständigkeit des Revisionsgerichts	186
a) Die formelle Anknüpfung für die Zuständigkeitsbestimmung	186
b) Die Zuständigkeitsabgrenzung in Bayern zwischen dem BGH und dem BayObLG	187
2. Die Klageänderung in der Revisionsinstanz	188
III. Die Zurückweisung nach § 629b ZPO	190
1. Normzweck des § 629b ZPO	190
2. Das Verhältnis zwischen § 629 III 2 ZPO und § 629b I 1 ZPO mit seiner Wirkung auf die Prozeßanträge	193
a) Das Antragerfordernis	193
b) Die Folgesache i.S.v. § 629a I 1 ZPO unter der aufschiebenden Bedingung des Rechtskrafteintritts bei der gerichtlichen Scheidungsabweisung	195
3. Die Zurückweisung nach § 629b ZPO in der Revisionsinstanz	198
a) Die Bedeutung des § 629b ZPO in der Revisionsinstanz	198
b) Der Antrag nach § 629b II ZPO	198
IV. Der Antrag auf erweiterte Aufhebung nach § 629c ZPO	199
1. Die Bedeutung des § 629c ZPO	199
2. Zu den formellen Voraussetzungen für den Antrag nach § 629c ZPO	203
§ 10 Der Rechtsschutz des Revisionsgegners	204
I. Die Anschlußrevision	204
1. Die Abgrenzung zwischen dem Antrag auf erweiterte Aufhebung nach § 629c ZPO und der Anschlußrevision (§ 556 ZPO)	204
2. Die selbständige Anschlußrevision	206
3. Die unselbständige Revisionsanschließung	207
a) Die Erhebung der Anschlußrevision	207
b) Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen	208
aa) Die Statthaftigkeit	208

bb) Die Anschlußfrist nach § 556 I ZPO	210
4. Die Anschlußrevision als seinerseits anschlussfähiges Rechtsmittel für die Gegenanschließung	212
II. Die Gegenrüge	214
1. Die Problematik	214
2. Die Gegenrüge als Ausgleich von Benachteiligungen	215
Teil 3: Die Vollstreckung von Unterhaltstiteln	217
§ 11 Der Ablauf des Vollstreckungsverfahrens	217
I. Der Vollstreckungstitel	217
II. Die Vollstreckungswirkung ausländischer Titel	223
1. Das Klauselerteilungsverfahren	223
2. Das fakultative Beschlußverfahren	225
3. Die Vollstreckungsklage	226
III. Der Rechtsschutz im Klauselerteilungsverfahren	232
§ 12 Vollstreckungsinterne Rechtsbehelfe	238
I. Die Abgrenzung von Maßnahmen zu Entscheidungen	238
II. Die Zulässigkeit der Erinnerung und die Anfechtbarkeit des Erinnerungsbeschlusses	242
III. Die sofortige Beschwerde	243
§ 13 Die gerichtliche Durchsetzung von Einwendungen gegen den materiellrechtlichen Anspruch	244
I. Die Abgrenzung der Abänderungsklage von der Vollstreckungsgegenklage	245
1. Keine Wahl zwischen der Abänderungsklage und der Vollstreckungswiderklage	246
2. Die Bestätigungstheorie	250
3. Die Begründung der Billigkeitstheorie	251
4. Kritik gegen die Argumentation der Billigkeitstheorie	252
5. Die abweichende Auffassung von Graba	254
6. Rechtsprechungstendenzen	255
7. Kritik gegen die Bestätigungstheorie	257
8. Das Prinzip der prozessualen Gleichberechtigung	258
9. Kritik gegen Hoppenz	258

II. Die Rechtsbehelfe zur Durchbrechung der Rechtskraft von Titeln	259
1. Grundsätzlich keine Durchbrechung der Rechtskraft mit einer Leistungsklage	259
2. Die Schadensersatzklage nach § 826 BGB	260
a) Die Notwendigkeit der Schadensersatzklage nach § 826 BGB	260
b) Das Verhältnis der Schadensersatzklage zu den Verfahren nach §§ 578 ff ZPO	262
c) Die Voraussetzungen der Schadensersatzklage nach § 826 BGB	262
d) Die sittenwidrige Ausnutzung von Unterhaltstiteln	263
e) Die Überwindung der Sperren von § 323 III ZPO und §§ 1585b, 1361 IV 4, 1613 BGB	265
III. Die Zulässigkeit von Feststellungsklagen neben Vollstreckungsgegenklagen	266
IV. Die Zulässigkeit von Leistungsklagen bei Bestehen eines Vollstreckungstitels	267
V. Der Vorrang des Antrags auf Fortsetzung des Verfahrens gegenüber der Vollstreckungswiderklage	271
VI. Das Verhältnis zwischen Berufung und Vollstreckungsgegenklage	274
VII. Das Verhältnis zwischen Revision und Vollstreckungsabwehrklage	276
VIII. Die Unabhängigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens von der Vollstreckungsgegenklage	276
IX. Der Einspruch gegen ein Versäumnisurteil bzw. einen Vollstreckungsbescheid	276
X. Die Anfechtbarkeit der Entscheidung über die einstweilige Einstellung der Vollstreckbarkeit nach § 769 ZPO	278
 Teil 4: Die Nebenverfahren in Unterhaltssachen	 284
 § 14 Der vorläufige Rechtsschutz in Unterhaltssachen	 284
I. Der Gegenstand der vorläufigen Regelung	284
1. Der Arrest	284
2. Die einstweilige Anordnung	287
a) § 620 S. 1 Nr. 6 ZPO	288
aa) Die materiellrechtliche Rechtsgrundlage für die einstweilige Anordnung	288
bb) Art und Umfang der Anordnung	293
cc) Die einstweilige Anordnung für die Zeit nach Rechtskraft der Scheidung	297
b) Der Regelungsgegenstand der einstweiligen Anordnung nach § 127a I ZPO	298

c) Der Auskunftsanspruch als Regelungsgegenstand der einstweiligen Anordnung?	300
d) Keine weiteren Regelungsgegenstände für die einstweilige Anordnung	301
e) Die Statthaftigkeit der einstweiligen Anordnung bei der Abänderung von Unterhaltstiteln	304
3. Der Gegenstand der einstweiligen Verfügung	305
a) Die Leistungsverfügung auf Unterhalt	306
b) Die Leistungsverfügung auf Erteilung von Auskunft	311
II. Die Abgrenzung der Rechtsbehelfe untereinander	312
1. Die Abgrenzung des Arrests zu den anderen beiden Eilverfahren	312
2. Zur Zulässigkeit des Arrests	313
3. Das Verhältnis zwischen der einstweiligen Anordnung und der Leistungsverfügung	314
a) Der Einfluß des Anhängigwerdens der Ehesache (bzw. die Stellung eines Antrags auf Bewilligung der Prozeßkostenhilfe) auf ein laufendes Verfahren	316
b) Nach Rechtskraft der Ehesache	320
4. Zulässigkeit der einstweiligen Anordnung	320
a) Die gerichtliche Zuständigkeit	320
b) Die Anhängigkeit der Ehesache	323
c) Der Antrag auf einstweilige Anordnung	326
5. Die Zulässigkeit der einstweiligen Verfügung	328
III. Die Schutzschrift	329
IV. Anfechtung von Entscheidungen im einstweiligen Verfahren	331
1. Die Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen im Arrest- und einstweiligen Verfügungsverfahren	331
a) Das Widerspruchsverfahren	332
b) Die Aufhebungsanträge nach § 926 II ZPO und nach § 927 ZPO	335
c) Zulässigkeit des Aufhebungsantrages nach § 926 II ZPO	337
d) Zulässigkeit des Aufhebungsantrages gem. § 927 ZPO	339
e) Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung eines Antrages auf Erlaß eines Arrests bzw. einer einstweiligen Verfügung	340
2. Anfechtung einer einstweiligen Anordnung	341
a) Der Antrag nach § 620b II ZPO	342
aa) Die Statthaftigkeit des Verfahrens nach § 620b II ZPO	343
bb) Die Zulässigkeit des Antrages im übrigen	345
cc) Der Beschluß und seine Anfechtbarkeit	347
b) Der Abänderungsantrag nach § 620b I ZPO	347
aa) Die Statthaftigkeit	348
bb) Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Antrag im übrigen	350

cc) Der Umfang der gerichtlichen Abänderung	352
c) Konkurrenzen	355
aa) Das Verhältnis zwischen § 620b I 1 ZPO und § 620b II ZPO	355
bb) Das Verhältnis zu den Leistungsklagen im erstinstanzlichen Erkenntnisverfahren	356
d) Die sofortige Beschwerde nach §§ 620c, 577 ZPO	357
aa) Die Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	357
bb) Die Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde im übrigen	362
cc) Die weiteren Voraussetzungen der außerordentlichen Beschwerde	364
dd) Die gerichtliche Entscheidung und ihre Anfechtbarkeit	365
ee) Das Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	366
e) Das Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung durch eine anderweitige Regelung i.S.v. § 620f ZPO	367
aa) Die Rechtsfolgen des § 620f ZPO	367
bb) Die Voraussetzungen des § 620f I 1 ZPO	370
(1) Die Außerkraftsetzung einstweiliger Anordnungen durch anderweitige Regelungen i.S.v. § 620f I 1 Alt. 1 ZPO	371
(a) Anderweitige Regelungen i.S.v. § 620f I 1 ZPO	371
(b) Die Wirksamkeit der anderweitigen Regelung	375
(2) Außerkrafttreten in anderen Fällen (§ 620 I 1 Alt. 2 ZPO)	379
(3) Das Beschlußverfahren	381
(4) Konkurrenzen zu anderen Rechtsbehelfen	382
§ 15 Der Auskunftsanspruch	385
I. Die materielle Rechtsgrundlage	385
II. Die Auskunftsklage	387
III. Das Stufenverfahren	388
1. Die Wahlfreiheit zwischen Stufen- und isoliertem Verfahren	388
2. Die Bedeutung des § 254 ZPO	389
3. Der Ablauf des Stufenverfahrens	390
4. Das rechtliche Schicksal der Auskunftsklage nach Erteilung der Auskunft während des Prozesses	392
5. Die Zulässigkeit des Stufenverfahrens mit anderen Klagearten	395
6. Die Auswirkungen der Wahl des falschen Hauptantrags auf die Auskunftsklage im Stufenverfahren	396
IV. Zur Vollstreckung aus Vollstreckungstiteln über Auskunftsansprüche	397

§ 16 Verzug	398
§ 17 Der Prozeßkostenvorschuß	402
I. Die Auswirkungen des materiellen Rechts auf das Verfahren	402
II. Gerichtliche Geltendmachung	404
III. Die Rückforderung von zuviel gezahltem PKV	404
§ 18 Verfahrenskosten	407
I. Der Kostenerstattungsanspruch als Kostengrundscheidung im Unterhaltsurteil	407
II. Das Kostenfestsetzungsverfahren	407
III. Alternativen zum Erinnerungsverfahren	413
IV. Das Verhältnis zur Kostengrundscheidung	414